

# Inhalt

<i>Vorwort</i> .....	V
<i>Abkürzungen</i> .....	XIX
<i>Literatur</i> .....	XXIII
<b>Einführung</b> .....	<b>1</b>
<b>Teil I Das Herkunftslandprinzip auf der Ebene des Primärrechts</b> . . . . .	<b>3</b>
<i>Kapitel 1 Das Herkunftslandprinzip im Bereich der Vorschriften über den freien Warenverkehr</i> .....	4
I. Die Entwicklung des primärrechtlichen Herkunftslandprinzips durch den EuGH: von »Dassonville« bis »Cassis« .....	4
II. Die beschränkte Reichweite des Herkunftslandprinzips aufgrund des eingeschränkten Anwendungsbereichs von Art. 28 EG nach »Keck« ....	12
III. Die Einschränkung des Herkunftslandprinzips aufgrund gerechtfertigter Beschränkungen des freien Warenverkehrs. ....	19
<i>Kapitel 2 Das Herkunftslandprinzip im Bereich der Vorschriften über den freien Dienstleistungsverkehr</i> .....	23
I. Die Geltung des Herkunftslandprinzips. ....	23
II. Die Einschränkung der Reichweite des Herkunftslandprinzips entsprechend den Keck-Grundsätzen? .....	28
III. Die Schranken des Herkunftslandprinzips aufgrund gerechtfertigter Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs. ....	29
<i>Kapitel 3 Das Herkunftslandprinzip als notwendige Folge der Auslegung einer Grundfreiheit als allgemeines Beschränkungsverbot und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts</i> .....	31
<i>Kapitel 4 Die Bedeutung des primärrechtlichen Herkunftslandprinzips</i> . . . . .	37
I. Wirtschaftsbezogene Aspekte. ....	37
II. Rechtliche Aspekte. ....	40
III. Integrationspolitische Aspekte. ....	42
<b>Teil II Das Herkunftslandprinzip in der Fernsehrichtlinie</b> . . . . .	<b>45</b>
<i>Kapitel 1 Die Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Fernsehrichtlinie</i> .....	46
I. Der Grund für die Verankerung des Herkunftslandprinzips. . . . .	46

## Inhalt

1. Technische Aspekte zur grenzüberschreitenden Verbreitung von Fernsehsendungen . . . . .	46
2. Die Einordnung der Ausstrahlung oder Weiterverbreitung von Fernsehsendungen in das System der Grundfreiheiten durch den EuGH . . . . .	48
3. Das Bedürfnis für eine gemeinschaftliche Regelung . . . . .	56
II. Die Entstehung der Fernsehrichtlinie . . . . .	60
III. Die Aufnahme des Herkunftslandprinzips als Mittel zur Erreichung des Ziels der Fernsehrichtlinie . . . . .	69
IV. Die Art der Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Fernsehrichtlinie . . . . .	70
1. Rechtliche Grundlage des Herkunftslandprinzips . . . . .	71
2. Das System des Herkunftslandprinzips . . . . .	73
V. Die Verknüpfung mit dem Mindeststandardprinzip . . . . .	76
1. Das Mindeststandardprinzip . . . . .	76
2. Die rechtliche Grundlage . . . . .	77
3. Strengere oder ausführlichere Bestimmungen für »inländische« Fernsehveranstalter . . . . .	80
4. Kein spezielles Rechtfertigungsbedürfnis . . . . .	81
5. Wahrung des Gemeinschaftsrechts . . . . .	82
6. Die Wirkungen der Verknüpfung des Mindeststandardprinzips mit dem Herkunftslandprinzip . . . . .	84
<i>Kapitel 2 Die Sendestaatskontrolle . . . . .</i>	<i>87</i>
I. Der Sendestaat . . . . .	87
1. Die Regelung in der Fernsehrichtlinie von 1989 . . . . .	88
2. Der zuständige Sendestaat nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs . . . . .	90
3. Das Niederlassungsprinzip der Fernsehrichtlinie von 1997 . . . . .	95
a) Die ausdrückliche Aufnahme des Niederlassungsprinzips in die Fernsehrichtlinie . . . . .	95
b) Die gesetzliche Regelung . . . . .	98
c) Die Definition des Fernsehveranstalters . . . . .	100
d) Auslegungsfragen zu den in Art. 2 Abs. 2-5 FRL 1997 genannten Kriterien . . . . .	103
4. Zwischenergebnis . . . . .	106
II. Die Kontrollverpflichtung des Sendestaats . . . . .	106
1. Die Regelung der Richtlinie . . . . .	107
2. Das Objekt der Kontrolle . . . . .	108
3. Der Maßstab der Kontrolle . . . . .	110
4. Die Durchführung der Kontrolle . . . . .	113
a) Der Zeitpunkt der Kontrolle . . . . .	114
b) Die Zulässigkeit der Selbstkontrolle? . . . . .	117
aa) Selbstkontrolle und Co-Regulierung . . . . .	117
bb) Die Selbstkontrolle nach der Fernsehrichtlinie . . . . .	120
5. Zwischenergebnis . . . . .	124

<i>Kapitel 3 Die Stellung des Empfangsstaats.</i>	125
I. Die Regelung des Art. 2a Abs. 1 FRL	125
II. Die Gewährleistung des freien Empfangs und die Nichtbehinderung der Weiterverbreitung	128
1. Das Verbot einer zweiten Kontrolle.	128
2. Verbotenes Einschreiten	130
3. Beispiele	139
4. Die Behinderung durch Organe der Selbstkontrolle.	142
5. Folgerungen	144
III. Die Handlungsbefugnisse des Empfangsstaats	146
1. Informelle Maßnahmen	147
2. Förmliches Einschreiten gegen den Sendestaat	148
3. Die Ausnahme nach Artikel 2a Absatz 2 FRL	149
a) Die Regelung	149
b) Das Objekt der Suspendierung	151
c) Art. 2a Abs. 2 FRL als abschließende Regelung	152
d) Die maßgebliche Sichtweise des Empfangsstaats	154
e) Die Anzahl der qualifizierten Verstöße	157
f) Das Konsultationsverfahren und die Rolle der Europäischen Kommission	158
g) Die Rechtsfolge von Art. 2a Abs. 2 FRL	162
h) Die Anwendung in der Praxis	164
4. Die Handlungsbefugnis bei Umgehungsversuchen	164
a) Die Geltung der »Van Binsbergen«-Rechtsprechung im Bereich des Fernsehens	165
b) Die Voraussetzungen für die Anwendung der Umgehungsrechtsprechung	168
c) Rechtsfolgen	171
d) Die Anwendung der Grundsätze bei Umgehung durch Werbetreibende?	172
IV. Zwischenergebnis	174
<i>Kapitel 4 Die Reichweite des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie</i>	175
I. Der Anwendungsbereich der Fernsehrichtlinie	175
1. Der räumliche Anwendungsbereich	176
2. Der sachliche Anwendungsbereich	176
a) Der Begriff der Fernsehsendung	177
b) Vom sachlichen Anwendungsbereich ausgenommene Fernsehsendungen	183
3. Der persönliche Anwendungsbereich	184
II. Die durch die Fernsehrichtlinie koordinierten Bereiche	186
1. Die Regelungen der Fernsehrichtlinie betreffend den Inhalt von Fernsehsendungen	187
a) Die Maßnahmen zur Absatzförderung und die Direktangebote an die Öffentlichkeit	188
aa) Die Fernsehwerbung	188
(1) Der Begriff der Fernsehwerbung	189
(2) Der Werbeumfang	191

## Inhalt

(3) Die Anzahl und die Modalitäten der Werbeunterbrechungen . . . . .	195
(4) Die Vorschriften über die Präsentationsform und den Inhalt von Werbebotschaften . . . . .	199
bb) Das Sponsoring . . . . .	205
cc) Das Teleshopping . . . . .	210
b) Der Schutz von Minderjährigen und der öffentlichen Ordnung . . . . .	214
aa) Die Regelung der Fernsehrichtlinie . . . . .	214
bb) Die Reichweite der Artikel 22 und 22a . . . . .	217
c) Die Förderung der Verbreitung und Herstellung von Fernsehprogrammen . . . . .	220
d) Die Ausstrahlung von Kinofilmen im Fernsehen . . . . .	222
2. Über die Bestimmungen der Fernsehrichtlinie hinausgehende Koordinierung? . . . . .	223
a) Die Problematik und mögliche unterschiedliche Ansätze . . . . .	223
b) Die Urteile des EuGH . . . . .	232
aa) Die Kulturpolitik sowie der Schutz der guten Sitten, der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit . . . . .	232
bb) Die irreführende Werbung . . . . .	234
cc) Der Schutz von Minderjährigen vor Fernsehwerbung . . . . .	242
c) Zwischenergebnis . . . . .	245
3. Die Einschränkung der koordinierten Bereiche . . . . .	247
a) Die Ausführungen des EuGH im Urteil »De Agostini und TV-Shop« . . . . .	247
b) Allgemeine bzw. spezielle Vorschriften . . . . .	249
c) Die Weiterverbreitung im eigentlichen Sinne . . . . .	252
d) Die Reichweite der Einschränkung . . . . .	254
e) Zwischenergebnis . . . . .	255
4. Ergebnis . . . . .	257
<i>Kapitel 5 Die Durchsetzung des Herkunftslandprinzips . . . . .</i>	<i>260</i>
I. Die Internationale Zuständigkeit der Gerichte . . . . .	260
1. Die Gerichte des Empfangsstaats . . . . .	260
2. Die Gerichte des Sendestaats . . . . .	264
II. Das Herkunftslandprinzip der Fernsehrichtlinie als Kollisionsnorm? . . . . .	265
III. Die Regelung des Art. 3 Abs. 3 FRL . . . . .	271
IV. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens . . . . .	272
<b>Teil III Das Herkunftslandprinzip in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr . . . . .</b>	<b>275</b>
<i>Kapitel 1 Die Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr . . . . .</i>	<i>276</i>
I. Die Ausgangssituation . . . . .	276
II. Die Entstehung der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr . . . . .	281
III. Die Aufnahme des Herkunftslandprinzips in die E-Commerce-Richtlinie nach dem Vorbild der FRL . . . . .	289

<i>Kapitel 2 Die Herkunftsstaatskontrolle</i> . . . . .	295
I. Der Herkunftsstaat . . . . .	295
1. Das Kriterium der Niederlassung . . . . .	295
2. Die Problematik mehrerer Niederlassungen . . . . .	297
3. Kritik am dogmatischen Ansatz der Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats . . . . .	299
II. Die Kontrollpflicht des Herkunftsstaats . . . . .	300
1. Die Kontrollpflicht als Ausgangsbasis des Herkunftslandprinzips . . . . .	301
2. Der Maßstab der Kontrolle . . . . .	301
3. Die Durchführung der Kontrolle . . . . .	304
<i>Kapitel 3 Die Stellung des Abruf- bzw. Empfangsstaats</i> . . . . .	308
I. Das Verbot der Einschränkung des freien Verkehrs der Dienste der Informationsgesellschaft . . . . .	308
1. Die Regelung des Art. 3 Abs. 2 ECRL . . . . .	308
2. Die Behinderung durch Organe der Selbstkontrolle . . . . .	310
II. Die Handlungsbefugnis des Empfangsstaats . . . . .	311
1. Die Ausnahme nach Artikel 3 Absatz 4 bis 6 ECRL . . . . .	312
a) Die Regelung . . . . .	312
b) Der Begriff der »Maßnahmen« . . . . .	314
c) Die Reichweite der Unterrichtungspflicht . . . . .	315
d) Die maßgebliche Sichtweise . . . . .	316
e) Die Rolle der Kommission . . . . .	318
f) Die Rechtsfolge von Art. 3 Abs. 4 ff. ECRL . . . . .	319
2. Die Handlungsbefugnis bei Umgehungsversuchen des Diensteanbieters . . . . .	320
3. Zwischenergebnis . . . . .	322
<i>Kapitel 4 Die Reichweite des Herkunftslandprinzips der E-Commerce-Richtlinie</i> . . . . .	323
I. Der Anwendungsbereich der E-Commerce-Richtlinie . . . . .	323
1. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	324
a) »Elektronisch erbracht« . . . . .	325
b) »In der Regel gegen Entgelt erbrachte Dienstleistung« . . . . .	327
c) »Auf individuellen Abruf« . . . . .	330
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	334
3. Die Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich der Richtlinie . . . . .	336
II. Die Ausnahmen von der Anwendung des Herkunftslandprinzips . . . . .	338
III. Der koordinierte Bereich . . . . .	343
1. Der Begriff des »koordinierten Bereichs« . . . . .	344
2. Die Regelungen der E-Commerce-Richtlinie . . . . .	346
a) Die Zulassungsfreiheit . . . . .	347
b) Die allgemeinen Informationspflichten . . . . .	348
c) Die kommerziellen Kommunikationen . . . . .	351
d) Der Abschluß von Verträgen auf elektronischem Weg . . . . .	359
e) Die Verantwortlichkeit der Vermittler . . . . .	366
3. Ergebnis . . . . .	372
IV. Das Verhältnis der E-Commerce-Richtlinie zu anderen Richtlinien . . . . .	374

## Inhalt

<i>Kapitel 5 Die Durchsetzung des Herkunftslandprinzips</i> . . . . .	378
I. Die Internationale Gerichtszuständigkeit . . . . .	378
1. Die Gerichte des Empfangs- bzw. Abrufstaats. . . . .	378
2. Die Gerichte des Herkunftsstaats. . . . .	380
II. Das Herkunftslandprinzip der E-Commerce-Richtlinie als Kollisionsnorm? . . . . .	381
III. Die Regelungen zur wirksamen Anwendung des Herkunftslandprinzips. . . . .	387
1. Die Schaffung von Verhauenskodizes. . . . .	387
2. Die auuergerrichtliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten. . . . .	388
3. Die Gewuhrleistung der Klagewege. . . . .	390
IV. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahren. . . . .	390
Teil IV Fazit . . . . .	393
<i>Kapitel 1 Der Vergleich des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie mit dem Herkunftslandprinzip der E-Commerce-Richtlinie</i> . . . . .	394
I. Die Gemeinsamkeiten. . . . .	394
II. Die Unterschiede. . . . .	395
1. Unterschiede bei der Gestaltung der das Herkunftslandprinzip statuierenden Normen. . . . .	395
2. Unterschiede im Hinblick auf den Geltungsbereich des Herkunftslandprinzips. . . . .	397
3. Unterschiede im Hinblick auf das dem Herkunftslandprinzip zugrundeliegende Schutzniveau. . . . .	398
4. Unterschiede im Hinblick die Bestimmung des zustuendigen Mitgliedstaats. . . . .	399
5. Unterschiede im Bereich der Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip. . . . .	402
6. Unterschiede im Hinblick auf die praktische Bedeutung. . . . .	403
<i>Kapitel 2 Der Vergleich des Herkunftslandprinzips auf Sekundruerrechtebene mit dem Herkunftslandprinzip auf Primruerrechtebene</i> .....	406
I. Die Grundlage des Herkunftslandprinzips. . . . .	406
II. Die Kontrollpflicht des Herkunftsstaats. . . . .	408
III. Die Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip. . . . .	409
IV. Die Auswirkungen auf das anzuwendende Recht . . . . .	412
<i>Kapitel 3 Die Auswirkungen des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie und der E-Commerce-Richtlinie</i> . . . . .	414
I. Unmittelbare Auswirkungen auf die Betroffenen. . . . .	414
II. Die Inlrunderdiskriminierung als mittelbare Auswirkung. . . . .	418
III. Auswirkungen auf den Markt. . . . .	426
IV. Auswirkungen auf den Rechtsraum eines Mitgliedstaats. . . . .	427
V. Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten. . . . .	428
VI. Wettbewerbsrechtliche Auswirkungen des Herkunftslandprinzips der E-Commerce-Richtlinie und die Warenverkehrsfreiheit . . . . .	431
VII. Ergebnis. . . . .	434

*Inhalt*

<i>Kapitel 4</i>	<i>Schlußbetrachtung</i>	436
	I. Das Herkunftslandprinzip als Instrument für die Vollendung des Binnenmarkts und Katalysator für den Wettbewerb der europäischen Rechtsordnungen	436
	II. Das Fernsehen, das Internet und die Konvergenz	439
	<i>Materialien zur Entstehung der Fernsehrichtlinie</i>	445
	Richtlinie von 1989	445
	Richtlinie von 1997	447
	Anwendungsberichte	448
	<i>Materialien zur Entstehung der E-Commerce-Richtlinie</i>	451